

Geschlagene zwei Monate hatte sich die Bundesregierung praktisch eingestellt. Dann, Anfang April 1989, als sich der Zustand der hungerstreikenden RAF-Gefangenen Christa Ecker und Karl-Heinz Dellwo dramatisch verschlechterte, realisierte auch Helmut Kohl, daß der Hungertod eines oder mehrerer Häftlinge unabsehbare Folgen haben würde. Es drohte ein gewaltiger Verlust an Glaubwürdigkeit im liberalen und kirchlichen Spektrum der Bevölkerung. Und es drohten vor allem neue Anschläge der RAF. Während die Politiker der Bonner Koalition in der Öffentlichkeit die „Der-Staat-läßt-sich-nicht-erpressen-Gebetsmühle“ ungebremst weitergedreht, nahm im Kanzleramt unter höchster Geheimhaltung eine Initiative ihren Anfang, die diesem Regierungschef und dieser Regierung wohl niemand im Lande zugetraut hätte: Das Bundeskabinett beschloß, den direkten Draht zur sogenannten Kommandoebene der RAF zu suchen, um die Metropolen-Guerilla auf eine Art Stillhalteabkommen zu verpflichten. Im Gegenzug dazu sollte der Forderung der hungerstreikenden Gefangenen, sie in ein oder zwei größeren Gruppen zusammenzuliegen, weitgehend entsprochen werden.

Doch damit nicht genug: Aus dem ersten Versuch, der schon aus Zeitmangel zwangsläufig im Nichts endete, entwickelte sich ein umfassendes Verhandlungsangebot an die RAF-Aktiven. Reden wollte man „über alles“, die Zusammenlegung der inhaftierten Genossen, Lebensperspektiven für Gefangene wie Aktive und — natürlich — das Ende der bewaffneten Auseinandersetzung.

Nach dem Kabinettschluß im April 1989 erhielten die Staatssekretäre im Innenministerium Hans Neusel und Carl-Dieter Spranger den Auftrag, den schwierigen Kontakt möglichst rasch einzufädeln. Eingeweiht waren auch das Justizministerium (Staatssekretär Klaus Kinkel), die Spitzen von Bundeskriminalamt und Bundesanwaltschaft und — praktisch als „ausführende Fachinstanz“ — das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in Köln.

Das damalige „Nahziel“ der Aktion überrascht mehr noch als die Initiative an sich: Die aktiven Kämpfer der RAF sollten sich verpflichten, nach einer Zusammenlegung der inhaftierten Genossen auf jede Befreiungsaktion zu verzichten. Offenbar steckte den Regierenden noch immer jener (allerdings frühzeitig gescheiterte) Versuch von 1978 in den Gliedern, als der RAF-Gefangene Stefan Wisniewski per Hubschrauber aus der Justizvollzugsanstalt Frankenthal ausgeflogen werden sollte.

Die praktische Umsetzung des Kabinettschlusses erwies sich indes als noch schwieriger als angenommen. Erstens: Wo mochte sich eine Kommandogruppe aufhalten, von der damals manche glaubten, daß sie als feste Formation gar nicht mehr existierte? Zweitens: Wer sollte den Kontakt herstellen und würde von beiden Seiten als vertrauenswürdig akzeptiert? Drittens: In welcher Form könnte eine RAF-Einheit überhaupt in die „Friedenspflicht“ genommen werden? Man entschied sich für ein Verfahren, das der Verfassungsschutz schon Jahre vor dem Hungerstreik vorexerziert hatte, als er ausgetragenen RAF-Mitgliedern Möglichkeiten für ihre Rückkehr in die Bundesrepublik aufzeigen wollte. Ehemalige RAF-Anwälte wurden angesprochen, die ihrerseits nach geeigneten Kurieren Ausschau halten sollten. Sendboten dieser Art waren seit Mitte der achtziger Jahre ausgeschwärmt, um den im Ausland vermuteten ehemaligen RAF-Mitgliedern den Kontakt zum Bundesamt für Verfassungsschutz (Aussteiger-Telefon: 0221/511395) ans Herz zu legen und sie über Perspektiven ihrer Rückkehr in die Legalität aufzuklären. VS-Chef Gerhard Boeden hat die für derlei kitzeligen Missionen in Frage kommenden Kontakteute in einer Publikation einmal beschrieben als „Personen, die dem Verfassungsschutz zwar ansonsten kritisch gegenüberstehen, aber aus humanitären Gründen und wegen ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem Terrorismus bereit sind, die Aussteiger zu vertreten“. Im Unterschied zur „Aussteigerinitiative“ von 1987



Foto: op

Bundesregierung sucht Kontakt zum Kommando der Roten Armee Fraktion

In geheimer Mission für eine politische Lösung

Noch vor dem Abbruch des Hungerstreiks der RAF-Gefangenen 1989 hat die Bonner Regierung beschlossen, den direkten Kontakt zur Kommandoebene zu suchen, um sie auf ein Stillhalteabkommen zu verpflichten. Im Gegenzug sollten die Inhaftierten zusammengelegt werden. Sogar noch nach den Attentaten auf Alfred Herrhausen und Hans Neusel war Bonn bereit, mit den Aktiven „über alles“ zu reden. Die RAF ihrerseits verlangt als Vorbedingung die Zusammenlegung. ■ VON GERD ROSENKRANZ

legten und legen die Beteiligten jetzt Wert auf den politischen Charakter der Mission im Auftrag der Bundesregierung.

Die aktiven RAF-Kämpfer waren von ihren gefangenen Genossen im Frühjahr 1989 für die Dauer des Hungerstreiks auf „Stillhalten“ eingeschworen. Und so hatte, wie gesagt, niemand im Sicherheitsapparat auch nur die leiseste Ahnung, wo sie sich aufhalten mochten — irgendwo im Nahen Osten, in Europa oder gar in der Bundesrepublik. Einigkeit bestand jedoch, daß ein Kontakt am ehesten über palästinensische Zwischenstationen — im Jargon von Staatsschutzbeamten wie RAF-Aktiven: die „P's“ — im Nahen Osten zustande kommen könnte. Zum Teil dieselben Kontaktpersonen, die sich bereits vor dem Hungerstreik um Verbindungen zu den Aussteigern bemüht hatten, wurden nun noch einmal um ihre Unterstützung gebeten (Die große Mehrheit der RAF-Abtrünnigen allerdings befand sich, wie man heute weiß, nicht im Nahen, sondern im ganz nahen Osten).

Volle Rückendeckung von der Bundesregierung

Schon wenige Tage nach dem Beschluß der Bonner Kabinettsrunde flog ein exzellenter Kenner der komplexen palästinensischen Zusammenhänge in die Region, unter anderem nach Damaskus. Im Gepäck hatte er eine Nachricht, in der den RAF-Kämpfern in verlausulierter Form das Annäherungsbegehren der Bonner Regierung mitgeteilt wurde. Praktisch stellten sich die Initiatoren des Plans den Ablauf so vor: Ein ausgewiesenes Mitglied der RAF-Kommandoebene sollte sich telefonisch im Kölner Amt melden und sich mit

der „richtigen“ Antwort auf eine nur von ihm oder ihr beantwortbare Frage des zuständigen Beamten „legitimieren“. Dann sollte die Verpflichtung zum Verzicht auf bewaffnete Befreiungsaktionen auf Band gesprochen werden. Daraufhin hätten die politisch Verantwortlichen die Zusammenlegung der hungerstreikenden Gefangenen in größere Gruppen veranlaßt. Der gewünschte Kontakt kam bis zum Abbruch des Hungerstreiks am 12. Mai 1989 nicht mehr zustande, obwohl der Kurier noch mehrfach unterwegs war. Damit hätte die Geschichte zu Ende sein können. Doch offenbar wollten die Staatsschützer, die zu jener Zeit ebenso wie Teile der Öffentlichkeit glaubten, die aktiven RAF-Kader seien nicht mehr unbedingt auf den bewaffneten Kampf abonniert, nicht gleich aufgeben. Letztlich mag auch die anhaltende Erfolglosigkeit aller Fahndungsanstrengungen zum Weitermachen beigetragen haben; den letzten Fingerabdruck von RAF-Aktivisten stellte der Ermittlungsapparat 1981 sicher.

Von der Bundesregierung holte man sich die volle politische Rückendeckung für die Fortsetzung der Initiative in modifizierter — und erweiterter — Form. Danach sollte aktiven RAF-Kämpfern nun ein Vorschlag unterbreitet werden, der auf frappe Weise dem ähnelt, was die Hoenecker-DDR ein Jahrzehnt lang praktiziert hat — und was dem Stasi-Staat in diesem Sommer mit dem Gestus größter Empörung zum Vorwurf gemacht wurde: Von Verfassungsschutz-Chef Boeden selbst stammte die Vorstellung, aktiven RAF-Kämpfern, unabhängig von der Schwere ihrer Straftaten, dreierlei anzubieten: 1. Exil in einem Drittland, 2. eine neue Identität und, wo

nötig, 3. die finanzielle Ausstattung für einen Neuanfang.

Bei den Palästinensern — vorrangig involviert ist die „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ — stieß und stößt die Gesprächsinitiative der Bundesregierung auf offene Ohren. Man hält Verhandlungen über ein für alle Seiten akzeptables Ende des bewaffneten Kampfes angesichts der Aussichtslosigkeit dieses „Privatkrieges“ in der Bundesrepublik für sinnvoll. Verwundern kann das kaum, haben doch dieselben Palästinenser-Organisationen seinerzeit schon ihren Anteil an der Unterbringung ehemaliger RAF-Kämpfer in der DDR gehabt. Palästinensische Zwischenkuriere beförderten die Bonner Botschaften jetzt an jene „Schnittstellen“ in einer Reihe von Nahost-Staaten, wo sich die Wege unterschiedlichster Guerilla-Trupps oder einzelner Aktivisten aus verschiedenen — auch europäischen — Ländern kreuzen. Schließlich erreichte die Nachricht von der Verhandlungsbereitschaft der Bundesregierung nach Überzeugung der Übermittler auch die RAF-Kommandoebene. Die Antwort allerdings ließ auf sich warten — bis das Attentat auf Bankchef Alfred Herrhausen eine (scheinbar) völlig neue Situation schuf.

Alle denkbaren deeskalierenden Schritte schienen mit einem Schlag aus der Welt gebombt. Tatsächlich geriet der Verfassungsschutz — namentlich der für die praktische Umsetzung der Gesprächsinitiative zuständige Beamte mit dem Decknamen „Hans Benz“ — ebenso unter politischen Druck wie die Minderheit der Befürworter der Aktion in der Bundesanwaltschaft und die Drahtzieher im Innenministerium. Der Vorwurf der Law-and-Order-

Propagandisten, angeführt vom damaligen Generalbundesanwalt Kurt Rebmann: Mit ihrem Schmusekurs gegenüber Gefangenen und RAF-Aktiven hätten die „Verhandler“ eine „Einschläferungstaktik“ gefahren und seien selbst erst vom großen Knall von Bad Homburg wieder aufgeweckt worden. Die Chancen für eine auch nur schrittweise Konzentration der Gefangenen in wenigen Knästen waren nach dem Herrhausen-Mord „am Nullpunkt“, erinnert sich ein Beteiligter.

Die Fronten scheinen verhärtet wie eh und je

Umso überraschender mutet es im nachhinein an, daß die Dialog-Befürworter von der politischen Bühne noch einmal grünes Licht zur Fortsetzung ihrer Sondierungsbemühungen im Nahen Osten erhielten. Die Weichen stellte — so jedenfalls die Version aus Kreisen des Kölner Amtes — vor allem der Staatssekretär im Bonner Innenministerium Hans Neusel. Gedankt wurde es ihm nicht, wie seit dem 27. Juli 1990 allgemein bekannt ist: An diesem Tag wurde Neusel um ein Haar selbst Opfer der RAF. Im Bekenntnisschreiben des Kommandos „José Manuel Sevilla“ vom 29. Juli, das die Zusammenlegung der RAF-Häftlinge als zentrales Ziel des Attentats benennt, heißt es: „Solange die harte Haltung der Regierung nicht durch den Kampf der Gefangenen [...] gebrochen ist, solange ist Neusel Teil der Fraktion, die über Leichen unserer Genossinnen und Genossen gehen will.“ Trotz des Attentats auf Neusel setzte die Regierung die Kontaktaufnahmeversuche fort.

Wenigstens einige der RAF-Gefangenen in den bundesdeutschen

Knästen waren über die staatlichen Annäherungsversuche von Anfang an, das heißt schon während des Hungerstreiks, unterrichtet. Inwieweit sie die Bemühungen in ihren verschiedenen Phasen befürworteten, sie geschehen ließen oder sie ablehnten, ist mit letzter Sicherheit nicht festzustellen. Explizite öffentliche Äußerungen zum Thema gibt es nicht. Kein Zweifel besteht jedoch, daß einige das Unternehmen aus ihren Zellen von Anfang an mit großem Mißtrauen verfolgten und lediglich als neue Variante der staatlichen Anti-Terror-Konzeption verstehen wollten. Wobei diese Bewertung letztlich natürlich für jede staatliche Initiative in diesem Zusammenhang zutrifft. In einem Zellenkassiber aus der Zeit nach dem Hungerstreik heißt es: „zu dem ganzen gehört doch, daß ungefähr im september ‚benz‘ vom vs [Verfassungsschutz, d. Red.] (der vor drei jahren das ‚angebot des jahres‘ im ‚pflasterstrand‘ gemacht hat) bei einem anwalt von uns ankam, wir sollten der ‚kommandoebene‘, die im nahen osten sitzt, im eimer ist und nicht mehr weiter weiß, ein paar sätze schreiben, daß wir nichts dagegen haben, wenn sie aufhören. Dana wäre auch das problem mit den gefangenen vom tisch.“ Das gleiche „Signal“ sei kurz darauf auch von der Bundesanwaltschaft an sie herangetragen worden, heißt es in dem Kassiber weiter. Beide erwähnte Treffen haben die Staatsschutzbehörden gegenüber der taz bestätigt.

Im Spätsommer dieses Jahres unternahm die staatlich beauftragte Kontaktvermittler einen neuen Anlauf. In einem Schreiben an die RAF-Adressaten („to whom it may concern“) wurden diese nochmals dringend aufgefordert, sich trotz der veränderten Ausgangssituation (nach den Anschlägen gegen Herrhausen und Neusel und den Festnahmen in der DDR) zu melden. Jede bewaffnete Auseinandersetzung münde irgendwann in Verhandlungen, hieß es in dem Schreiben, dessen Gegenstand für mögliche uneingeweihte Leser nur schwer zu entschlüsseln war. Außerdem baten die Staatskuriere um ein Zeichen, das sie gegenüber den eingeweihten Gefangenen als authentische Nachrichtenübermittler der Kommandoebene legitimieren sollte. Diese Gesprächslegitimation sollte dann über einen der Anwälte an die Gefangenen weitervermittelt werden. Die Antwort auf den eine DIN A4 Seite umfassenden Brief ließ auf sich warten. Sie fiel, als sie vor einigen Wochen wiederum im Nahen Osten abgeholt werden konnte, ebenso negativ wie eindeutig aus. „Keine Gespräche“, hieß es kurz und bündig, solange die Zusammenlegung der Gefangenen nicht realisiert ist.

„Das Grundprinzip“, beteuerte vor wenigen Tagen einer der Beteiligten gegenüber der taz, „das Grundprinzip der ganzen Aktion war es, für beide Seiten — oder wenn man die Gefangenen gesondert dazu zählt, für alle drei Seiten — eine offene Situation zu schaffen, in der über alles verhandelt werden konnte — oder auch nicht.“ Dies habe man bis jetzt durchgehalten.

Ein vorläufiges Ergebnis liegt nun vor. Die aktive RAF verlangt die Zusammenlegung der Gefangenen als notwendige Voraussetzung für Verhandlungen. Diese Position ist im übrigen praktisch deckungsgleich mit einer Äußerung der Gefangenen Eva Haule aus jüngster Zeit. Unter dem Datum vom 23. September schrieb Haule, eine der Wortführerinnen der Gefangenen: „Die Vernichtungsstrategie gegen uns Gefangene [gemeint ist die Isolation von anderen Mitgliedern der Gruppe, d. Red.] bleibt objektiv eine Verpflichtung, den Kampf auch bewaffnet zu führen. Das ist überall auf der Welt so, wo es politische Gefangene und Guerillakampf gibt.“

Damit wäre die Bundesregierung am Zug, mit der Zusammenlegung — wenigstens versuchsweise — ernst zu machen. Momentan allerdings deutet wenig darauf hin. Eine Initiative des Hamburger Verfassungsschutzchefs Christian Lochte zur Zusammenlegung (die er in einem Interview in der taz vom 18. 8. 1990 begründete) wurde schon vor einiger Zeit still und leise auf Eis gelegt. Die Fronten scheinen verhärtet wie eh und je: Die Gefangenen warten auf die Zusammenlegung — und die Politiker auf den nächsten Anschlag.

Briefe widerlegen Bonner Dementi

Die Bundesregierung zieht es vor, ihre Verhandlungsangebote an die Kommandoebene der RAF öffentlich zu dementieren / Die überbrachten Botschaften belegen das Gegenteil

Berlin (taz) — Die Bundesregierung zieht es vor, ihre Bemühungen um einen Kontakt zu den Aktivisten der Rote Armee Fraktion (RAF) zu dementieren. Der Staatssekretär im Bonner Innenministerium, Hans Neusel, der maßgeblich an den Gesprächsversuchen beteiligt war, wollte ursprünglich zum gestrigen Bericht der taz keinerlei Erklärung abgeben.

Eine Bewertung wollte der Staatssekretär, dem der taz-Bericht bereits vor der Veröffentlichung vorlag, weder heute noch morgen abgeben, erklärte sein persönlicher Referent am Mittwoch auf Anfrage. Stunden später, nach intensiven Beratungen im Innenressort, veröffentlichte dann am späten Nachmittag die Pressestelle des Innenministeriums ein Dementi.

Die Behauptungen der taz, heißt es in der elfzeiligen Mitteilung, „zeugen von einer blühenden Phantasie“. Neben dem „Aussteigerprogramm“ des Kölner Bundesamtes für Verfassungsschutz gebe es „keine weiteren oder neuen Initiativen, mit Mitgliedern der RAF in Kontakt zu kommen“. Weder habe das Bundeskabinett im April 1989 eine solche Initiative gebilligt noch hätten sich

die Bonner Staatssekretäre Hans Neusel und Carl-Dieter Spranger „aktiv eingeschaltet“ oder gar eigene Initiativen verfolgt.

Daß den amtlichen Kontaktversuchen ein Kabinettsbeschuß zugrunde liegt, versicherten aber mehrere Beteiligte gegenüber der taz ausdrücklich. Und Staatssekretär Neusel war entgegen dem Dementi tatsächlich in die Bemühungen um einen Kontakt zur Kommandoebene der RAF nicht nur eingeweiht, sondern auch aktiv tätig. Das belegen die Briefe, die die Bonner Kurier im Auftrag der Regierung im Nahen Osten über palästinensische Gruppen den RAF-Aktiven zukommen ließen.

In dem in englischer Sprache verfaßten Schreiben vom 24. Oktober heißt es: „Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist bereit, über die Person von Herrn Benz Gespräche in jedem Land und unter jeglichen Bedingungen zu führen.“ Bei dem genannten „Herrn Benz“ handelt es sich um einen Beamten des Kölner Bundesamtes für Verfassungsschutz — seit seiner Nennung als zuständiger Beamter für das „Aussteigerprogramm“ im Jahre 1987 allen Beteiligten gut bekannt.

In dem Schreiben an die Kommandoebene ist ebenso die Botschaft enthalten, daß die RAF-Gefangenen in den bundesdeutschen Haftanstalten von der Verhandlungsbereitschaft der Regierung unterrichtet waren. Die „Klienten“ eines deutschen Anwaltes, wird den RAF-Aktiven mitgeteilt, verlangten eine Bestätigung der politischen Rückendeckung für „Herrn Benz“. Der Begriff „Klienten“ ist eine Umschreibung der RAF-Gefangenen, die vom genannten Anwalt vertreten werden. Gesichert wurde weiter, daß Staatssekretär Neusel „deshalb in naher Zukunft“ Gespräche mit dem Anwalt und seinen Kollegen führen wird.

Die Verhandlungsbereitschaft wurde im Jahr darauf — im Zusammenhang mit dem Anschlag auf den stellvertretenden Vorsitzenden der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, und dem Attentatsversuch auf Staatssekretär Neusel — in einem Brief vom 22. August 1990 erneuert. Der Kurier im Auftrag der Regierung überbrachte diesmal die Botschaft, die RAF-Gefangenen könnten sich nicht vorstellen, daß der Kontakt zu den RAF-Aktiven bereits hergestellt sei. Um das gegenseitige Mißtrauen abzubauen, erging die Bitte, „mir ein Zeichen,

ein Wort oder ein anderes Identifikationsmittel zukommen zu lassen“, das den „Klienten“, sprich: den Gefangenen, „vorgelegt werden kann“.

Wenn das Innenministerium nun betont, daß es neben dem „Aussteigerprogramm“ keine weiteren Initiativen gebe, ist die Rückzugslinie brüchig. Der Versuch, über Kurier ein Verhandlungsangebot an die Aktiven der RAF zu übermitteln, wurde schließlich über die Ausweitung des Aussteigerprogramms organisiert. Ursprünglich war das Programm Anfang der achtziger Jahre im Kölner Bundesamt konzipiert worden, um an aussteigewillige Mitglieder der „Revolutionären Zellen“ heranzutreten zu können. 1987 wurde das Programm auf abpragbare RAF-Mitglieder ausgeweitet. Im letzten Hungerstreik der RAF-Gefangenen im Frühjahr 1989 sollte es schließlich den Weg für ein Stillhalteabkommen mit der Kommandoebene der RAF eröffnen, bis dann die zuständigen Mitarbeiter des Bundesamtes die politische Rückendeckung für die Verhandlungsversuche mit den im Nahen Osten vermuteten RAF-Aktiven erhielten. Wolfgang Gaast/ Gerd Rosenkranz

DOKUMENTATION

„Kontakte, Gespräche, Verhandlungen“

Wir dokumentieren zwei Schreiben, vom 24. Oktober 1989 und vom 22. August 1990, zur Kontaktaufnahme mit den Aktiven der RAF / Die Briefe erreichten über mehrere Zwischenstationen die Adressaten

Die Versuche der Abgesandten der Bundesregierung, den Kontakt zur Kommandoebene der RAF herzustellen, gestatteten sich von Anfang an schwierig. Aus Rücksicht auf palästinensische Zwischenkuriere wurden die Briefe, die nur einen Teil der meist mündlichen Kommunikation darstellen, in englischer Sprache verfaßt. Sie sollten außerdem von uneingeweihten Dritten nicht ohne weiteres entschlüsselt werden können. Der mehrfach erwähnte Rechtsanwalt „Renner“ ist Vertreter mehrerer RAF-Gefangener. Das erste Schreiben wurde vor, das zweite nach den Anschlägen auf Alfred Herrhausen und Hans Neusel auf den Weg gebracht. Absender ist ein Rechtsanwalt, der sich bereit erklärt hat, an diesem politischen Lösungsversuch mitzuwirken.

Schreiben vom 24. Oktober 1989

Wen es betrifft:

Mit dem Repräsentanten der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Benz, und dem Rechtsanwalt Klaus-Jürgen Renner (Name von der Redaktion geändert) aus X-Stadt habe ich bei zahlreichen Gelegenheiten gesprochen. Der Inhalt dieser Gespräche war im wesentlichen folgender:

1. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist bereit, über die Person von Herrn Benz Gespräche in jedem Land und unter jeglichen Bedingungen zu ermöglichen, über die die Parteien dieser Gespräche Übereinstimmung erzielen. Die Sicherheit beider Seiten ist dabei oberstes Gebot.

Der Unterzeichnende ist jederzeit bereit, Zeitpunkt und Ort der Unterredung zu vereinbaren.

2. Die Klienten von Herrn Renner

a) verlangen eine Bestätigung der politischen Rückendeckung für die Bemühungen von Herrn Benz. Staatssekretär Dr. Neusel (Innenministerium) wird deshalb in naher Zukunft in Bonn Gespräche mit Herrn Renner und seinen Kollegen

führen.

b) haben bisher nicht glauben wollen, daß ein Kontakt zur interessierenden Partei über Damaskus tatsächlich hergestellt worden ist.

3. Alle Beteiligten vereinbaren bezüglich des Diskussionsgegenstandes strikte Vertraulichkeit. Unterschrift

Schreiben vom 22. August 1990

Wen es betrifft:

Die Situation hat sich seit meinem Brief vom 24. Oktober 1989, der vermutlich noch in Ihren Händen ist, dramatisch verändert. Das letzte der Ereignisse, auf die ich mich beziehe, hängt direkt zusammen mit der unter Ziffer 2a meines Briefes aus dem letzten Jahr erwähnten Person. Es ist deshalb um so dringlicher und notwendiger, daß die vorgeschlagenen Gespräche stattfinden. Bewaffnete Auseinandersetzungen wurden, wann immer und wo immer sie in der Geschichte stattgefunden haben, früher oder später stets von Gesprächen und Verhandlungen begleitet. Dabei wird in fol-

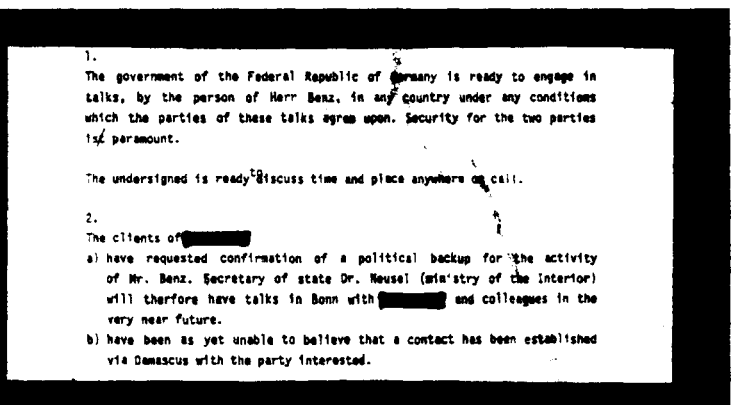
genden Schritten vorgegangen:

Kontakte, Gespräche, Verhandlungen
Man kann dies am Beispiel der Verhandlungen zwischen der ETA und der spanischen Regierung sehen. Dazu füge ich eine Kopie der Zeitschrift 'Interview', Nr. 664, vom 31. Januar 1989 bei.

1. Das in meinem Brief vom vergangenen Jahr enthaltene Gesprächsangebot gilt nach wie vor.

2. Um aus der Sackgasse gegenseitigen Mißtrauens herauszukommen und um den Klienten von Herrn Renner nachweisen zu können, daß der Kontakt hergestellt wurde, bitte ich Sie, mir ein Zeichen, ein Wort oder ein anderes Identifikationsmittel zukommen zu lassen, das den Klienten von Herrn Renner vorgelegt werden kann. Sie werden dann einen Weg finden, Ihnen ihre Meinung über die Angelegenheit mitzuteilen. Selbstverständlich bin ich bereit, dieses Zeichen persönlich entgegenzunehmen, wo auch immer sie dies vorschlagen.

3. Ich möchte noch einmal betonen, daß die Sicherheit aller beteiligten Personen von vitalem Interesse für uns alle ist. Unterschrift



„Die verfahrenere Situation in Bewegung bringen“

Im Auftrag der Bundesregierung versuchten der Rechtsanwalt Klaus-Peter Kern* und das ehemalige RAF-Mitglied Friedrich Leufer* einen Verhandlungskontakt zur aktiven RAF aufzubauen / Im taz-Interview nehmen beide Stellung zu ihren Motiven, an der Aktion mitzuwirken

sz: Die Bemühungen der Bundesregierung, mit der Kommandoebene der RAF in Kontakt zu treten, sind nun öffentlich. Ist das für die Verhandlungsinitiative abträglich?

Friedrich Leufer: Es schadet nicht. Im Gegenteil, die Veröffentlichung kann die ursprüngliche Absicht der Verhandlungsversuche unterstützen. Diese Versuche sind an einem Punkt angelangt, an dem sich alle drei beteiligten Parteien — die Bundesregierung, die Gefangenen und die Kommandoebene — durch gegenseitige Vorbedingungen blockieren. Die Gefangenen haben ein Zeichen der Zustimmung von der Guerilla verlangt, die Guerilla beharrt ihrerseits auf einem solchen Zeichen von den Gefangenen. Die Bundesregierung will Gespräche nur führen, wenn sie keine Vorleistung erbringen muß. Die Kommandoebene besteht schließlich darauf, daß die Regierung als Voraussetzung für Gespräche die Gefangenen zusammenlegt. Die öffentliche Diskussion kann dazu beitragen, diesen Prozeß jetzt voranzutreiben.

Klaus-Peter Kern: Es ist richtig und notwendig, daß die Initiative jetzt öffentlich bekannt wurde, weil sie eine vernünftige und kluge Politik dieser Bundesregierung mit Recht offenlegt.

Aber die Bundesregierung sagt doch das Gegenteil. Sie dementiert die Kontaktversuche zur Kommandoebene heftig. Nach Darstellung des Innenministeriums wurde in den letzten Jahren lediglich das Aussteigerprogramm des Verfassungsschutzes fortgesetzt. Da gibt es momentan eine merkwürdige Koalition: Auch die RAF-Gefangene Brigitte Mohnhaupt ist überzeugt, daß hinter den Kontaktversuchen nur der Verfassungsschutz steckt, der weitere RAF-Aussteiger „abkassieren“ will. Als Vermittler stehen Sie jetzt ziemlich allein im Regen.

Kern: Man muß verstehen, daß der Verfassungsschutz nichts weiter ist, als ein Instrument der jeweiligen Regierung. Er war in den letzten Jahren und ist noch ein Instrument der Regierung Kohl.

Im Moment versucht die Bundesregierung allerdings, quasi als Aufganglinie, in dieser Frage den größtmöglichen Abstand zum Verfassungsschutz herzustellen.

Kern: Soll sie den Abstand so groß darstellen, wie sie will. Von mir aus kann sie auch dementieren. So lange die öffentliche Diskussion der Fortführung dieses Projektes dient, ist mir die nach außen gezeigte Reaktion ziemlich egal.

Es gibt aber auch Stimmen, die das Verhandlungsangebot prinzipiell befürworten, aber gleichzeitig erklären, daß derartige Anstrengungen durch eine öffentliche Debatte torpediert werden.

Leufer: Unsere Versuche, das heißt die der Vermittler, einen Kontakt zur Kommandoebene herzustellen, standen von Anfang an unter der Maßgabe, daß dies ein Versuch der Bundesregierung ist. Das war allen Seiten klar. Soweit wir es beurteilen können, ist dies auch den Gefangenen so vermittelt worden. Es hat diesbezüglich immer nach allen Seiten Offenheit geherrscht. Weil ich dieses Programm für eine politische Möglichkeit halte, um die verfahrenere Situation zwischen den Beteiligten wieder in Bewegung zu bringen, kann Öffentlichkeit nicht schädlich sein. Sie kann die Motivation aller Seiten nur stärken.

Kern: Die Öffentlichkeit ist auch nur jetzt — in diesem begrenzten Zeitpunkt — einbezogen. Wenn das Programm, wie ich hoffe, fortgesetzt wird, geschieht dies wie in der Vergangenheit in aller Stille. Das muß auch so sein. Von der Auseinandersetzung erhoffen wir uns einen neuen Schub für das Programm.

Sie behaupten, der Kontakt zur Kommandoebene ist hergestellt und die Antwort heißt: „Keine Gespräche ohne vorherige Zusammenlegung der Gefangenen.“ Was macht

sie so sicher, die richtigen Gesprächspartner gefunden zu haben?

Leufer: Ich habe selbst mit niemandem aus der Kommandoebene geredet. Ich verlasse mich hier voll und ganz auf das Vertrauen, das ich bei meinen palästinensischen Kontaktpartnern genieße und das ich auch in sie setze. Es sind Personen, die ich

eigentlich gegenüber Ihren palästinensischen Gesprächspartnern vorweisen?

Leufer: Mir ist jedesmal, bevor ich Palästinenser in diesem Zusammenhang angesprochen habe, über Herrn Benz vom Verfassungsschutz ausdrücklich bestätigt worden, daß ich dort weiter als Vermittler für die

Die Vermittler

Der Anwalt Klaus-Peter Kern* war in Frühzeiten der RAF selbst Rechtsbeistand einiger der damaligen Mitglieder der Gruppe. Unter anderem vertrat er in den frühen siebziger Jahren Ulrike Meinhof. Im Zusammenhang mit dem sogenannten Aussteigerprogramm wurde Kern angesprochen, weil er eine Mandantin vertrat, von der seit vielen Jahren angenommen wurde, daß sie nicht mehr bei der RAF sei. Die Aussteigerin gehörte zu den zehn in der DDR untergetauchten früheren Mitgliedern der Gruppe.

Friedrich Leufer* tauchte 1975 unter, als sich die RAF nach dem gescheiterten Anschlag auf die bundesdeutsche Botschaft in Stock-

holm reorganisierte. Nach der Guerilla-Ausbildung in einem Palästinenserlager wurde Leufer 1976 im Verlauf vorbereitender Aktivitäten für eine Aktion der Palästinenser gegen eine israelische El-Al-Verkehrsmaschine in Kairo festgenommen und verdeckt nach Israel ausgeliefert.

Dort wurde er anderthalb Jahre in einem Verhörort festgehalten, ehe sein Aufenthalt bekannt wurde. Die Israelis verurteilten Leufer später zu zehn Jahren Haft und schoben ihn nach der Hälfte der Zeit in die Bundesrepublik ab. Bis heute unterhält das ehemalige RAF-Mitglied Kontakte zu palästinensischen Gruppen.

zum Teil schon über fünfzehn Jahre. Kern: Seinen (Leufers, Red.) palästinensischen Gesprächspartnern reichte diese Information, weil Sie ihn seit Jahren kennen. Er braucht kein Ausweis, kein Schreiben und auch sonst nichts vorzulegen. Wenn er gesagt hat: Ich komme im Auftrag der Bundesregierung, dann geht das für seine Gesprächspartner.

Wie hat sich aus dem seit 1987 öffentlich bekannten, sogenannten „Aussteigerprogramm“ des Verfassungsschutzes etwas Neues entwickelt?

Bundesregierung auftreten soll.

Kern: Seinen (Leufers, Red.) palästinensischen Gesprächspartnern reichte diese Information, weil Sie ihn seit Jahren kennen. Er braucht kein Ausweis, kein Schreiben und auch sonst nichts vorzulegen. Wenn er gesagt hat: Ich komme im Auftrag der Bundesregierung, dann geht das für seine Gesprächspartner.

Wie hat sich aus dem seit 1987 öffentlich bekannten, sogenannten „Aussteigerprogramm“ des Verfassungsschutzes etwas Neues entwickelt?



Sind die Türen in Stammheim doch nicht auf ewig verschlossen?

Foto: Joachim E. Röttgers/Graffiti

Leufer: Für mich war es von vornherein ausgeschlossen, etwa über die „Szene“ in Deutschland an die Kommandoebene heranzukommen. Aus meiner Biografie heraus war es überhaupt nur möglich, den Kontakt über die Palästinenser zu versuchen. Es hat sich inzwischen bestätigt, daß das tatsächlich möglich ist.

Kern: Nahe Osten ist ein geografischer Begriff. Aber Palästinenser kann man in der ganzen Welt treffen, das kann London sein, Helsinki oder Caracas. Das ist das Mißverständnis, dem Brigitte Mohnhaupt aufsitzt.

Heißt das faktisch, daß Kontakte nicht nur im engeren geografischen Sinn im Nahen Osten stattgefunden haben, sondern auch woanders?

Kern: So ist es. Welche Legitimation konnten Sie

Kern: Eines der Ziele des ursprünglichen Programms war natürlich immer die Annahme nachprüfbar zu machen, ob dieser oder jene tatsächlich ausgestiegen ist. Damit konnte man eine Gefährdung durch diese Personen ausschließen. Aus dieser Sicht galt das natürlich erstmal für alle, die einmal etwas mit der RAF zu tun hatten. Daß Kontakte zu vermuteten Aussteigern politisch etwas anderes sind, als Kontakte zur aktiven Kommandoebene, darüber gibt es keine Diskussion. Ich verstehe allerdings, daß der Verfassungsschutz sagt, das ist ein Programm und umfaßt alle.

Leufer: Für mich war der Versuch, mit dem Kommando in Beziehung zu treten, tatsächlich eine neue Qualität. Es war eine Möglichkeit, letztlich zu Verhandlungen zu kom-

men. Ich bin sicher, daß meine palästinensischen Kontaktpersonen das auch genau so weitergegeben haben. Darum auch der Verweis auf ähnliche Verhandlungen zwischen der spanischen Regierung und der ETA oder der englischen Regierung und der IRA. Das war überhaupt die Grundlage meines Tätigwerdens. Verhandlungen bedeuten, daß beide Seiten, sowohl in Bezug auf ihre persönliche Sicherheit und Integrität, als auch in Bezug auf die möglichen Ergebnisse frei sind.

Kern: Verhandlungen können immer nur am Ende stehen. Kontakte und Gespräche sind der Anfang. „Kontakte, Gespräche, Verhandlungen“, so hat es in einem unserer Schreiben gestanden, und anders konnten wir uns das auch gar nicht vorstellen. Mit der Möglichkeit, daß am Ende der Verhandlungen das Kapitel RAF in der heutigen Form und zur „Zufriedenheit“ aller abgeschlossen sein könnte.

Ein paar Fragen zu dem Brief von Brigitte Mohnhaupt (siehe Dokumentation). Die Gefangene ist offenbar überzeugt, daß eine der letzten mutmaßlichen Aussteigerinnen, nämlich Friederike Krabbe, falsche Hoffnungen gemacht werden über die Modalitäten einer möglichen Rückkehr in die Bundesrepublik. Seit wann gibt es den Kontakt zu Friederike Krabbe?

Leufer: Es gibt ihn noch gar nicht. Weder ich noch die palästinensischen Freunde haben es je geschafft, den Kontakt zu ihr herzustellen, und sie im Sinne des Aussteigerprogramms anzusprechen.

Kern: In der Frage steckt außerdem eine falsche Behauptung. Nirgends wird verlangt, daß Friederike Krabbe unbedingt in die Bundesrepublik zurückkommen soll. Aussteigerprogramm heißt auch, daß je-

ben. Die Nachricht ist allerdings nach Aussage der Palästinenser noch nicht bei Friederike Krabbe angekommen.

Die Bundesrepublik Deutschland würde nicht nur auf die Strafverfolgung verzichten, sondern sogar bei der Gründung einer neuen Existenz in einem anderen Land helfen?

Leufer: Richtig. Das geht nur nicht in der Bundesrepublik selbst,

„Die heute noch aktive Guerilla muß die Möglichkeit erhalten, anders als durch Bomben, ihre eigene Situation und die der Gefangenen zu verbessern.“

weil im Geltungsbereich des Grundgesetzes das sogenannte Legalitätsprinzip gilt und Strafverfolgungsbehörden wie Bundeskriminalamt und Bundesanwaltschaft tätig werden müßten.

Kern: Das ginge zwar nicht auf dem Gebiet der Bundesrepublik, aber es läge eigentlich in ihrem Interesse. Der Staat könnte zeigen, wie jemand, auch jemand aus der K-Ebene, aus der „Verstrickung“, wie es im allgemeinen Sprachgebrauch heißt, herauskommen kann.

Aber Brigitte Mohnhaupt beruft sich bei ihrer Behauptung eines frühen Kontakts mit dieser Mandantin ausdrücklich auf eine Bemerkung von Herrn Benz vom Verfassungsschutz aus dem Herbst 1989.

Kern: Da ist Brigitte Mohnhaupt falsch informiert worden.

Von Benz?

Leufer: Ich glaube, das müssen wir genauer erklären. Ich habe tatsächlich nach Leuten gesucht, von denen allgemein angenommen wurde, daß sie schon vor längerer Zeit ausgestiegen sind. Demen sollte wiederum über die palästinensischen Kontakte das Aussteigerangebot übermittelt werden. Ich habe dann auch schon vor dem Herbst 1989 eine Antwort erhalten, wonach bei der Person, um die es Brigitte Mohnhaupt in diesem Zusammenhang geht, kein Interesse bestehe. Heute weiß ich, diese Nachricht war mir zum Teil richtig. Sie traf zwar von der Sache her zu, denn diese Aussteigerin lebte ja seit zehn Jahren in der DDR und war deshalb tatsächlich nicht an dem Programm interessiert. Nicht richtig war die Nachricht, insofern als es sich um einen „erfolgreichen“ Versuch handelte, die in der DDR Lebenden auch weiter zu schützen. Tatsächlich hat das Aussteigerangebot die Frau in der DDR gar nicht erreicht. Das heißt, mein palästinensischer Kontaktmann hat mir die Sache nicht korrekt dargestellt, um die Tatsache, daß in der DDR zehn Aussteiger leben, nicht zu gefährden. Sogar noch nach der Wende.

Was war Ihre persönliche Motivation, sich an diesen verschiedenen Initiativen zu beteiligen?

Kern: Ich will, daß in Zukunft kein einziger Mensch im Zusammenhang mit der RAF mehr zu Tode kommt — weder aus dem Kreis der Bevölkerung in der Bundesrepublik, noch jemand von denen, die auf der sogenannten anderen Seite stehen. Wenn ein solches Programm dabei helfen kann, dann bin ich dabei.

Leufer: Das gilt für mich genauso. Darüberhinaus halte ich es für eine Chance, daß nicht nur Aussteigern aus der RAF ein Leben ohne Knast möglich gemacht wird. Auch die heute noch aktive Guerilla muß die Möglichkeit erhalten, anders als durch Bomben, ihre eigene Situation und die der Gefangenen zu verbessern. Ich gehe weiter davon aus, daß dies im Rahmen dieses Programms möglich wäre.

Welche Perspektiven hat denn diese Initiative praktisch noch, nachdem die Bundesregierung ihren Verhandlungsgrillen dementiert hat und Brigitte Mohnhaupt das ganze offensichtlich als alternative Fahndungsmethode versteht?

Kern: Ich glaube trotz allem, daß das Programm mit den Veröffentlichungen für alle Seiten klarer geworden ist. Die Konsequenz müßte jetzt sein, daß nicht nur die K-Ebene anfängt zu reden und entsprechende Signale auszusenden, sondern auch die Gefangenen. Die müßten sich in dieses Gespräch aktiv einklinken und laut sagen: Ja, wir wollen in diesem Zusammenhang reden.

Leufer: Wenn von Seiten der Bundesregierung jetzt nichts geschieht, besteht in der Tat die Gefahr, daß die Initiative stirbt. Es würde ihr gut zu Gesicht stehen, jetzt einen Schritt zu tun, der sowohl von den Gefangenen als auch von der K-Ebene als wesentliche Verbesserung der Haftbedingungen akzeptiert werden könnte. Es ist das bisherige Ergebnis der Verhandlungsversuche, daß Gefangene wie aktive RAF dies als Grundvoraussetzung für alles weitere begreifen. Solange nichts geschieht, wird das Programm nur als weitere geschickte Kampagne zur Zerstörung der RAF und der Gefangenen verstanden. Die Bundesregierung befindet sich momentan in einer Position der politischen Stärke. Sie kann sich einen solchen souveränen Schritt leisten.

Interview: Wolfgang Gast und Gerd Rosenkranz

* Namen von der Redaktion geändert.

„Lauf ihnen nicht in die Hände, Rima“

TAZ
12.12.90

Dokumentation eines Briefes der RAF-Gefangenen Brigitte Mohnhaupt, der die taz am Wochenende erreichte / Er befaßt sich mit dem „Aussteigerprogramm“ des Verfassungsschutzes und indirekt mit dem Versuch der Bundesregierung, über Mittelsmänner Kontakte zur aktiven RAF zu knüpfen

Jetzt soll die nächste kassiert werden, um dem Staatsschutz zur Verfügung zu stehen. Das ist Friederike Krabbe, die sie nicht in der DDR abholen konnten, weil sie dort nicht war, sondern seit 13 Jahren in einem arabischen Land lebt.

Wir machen das jetzt öffentlich, weil es für sie selbst so vielleicht noch ein Schutz ist, und weil es eben auch genau in das Ganze gehört, was jetzt neu gegen uns angeht.

Ich schreibe es so auf, in der zeitlichen Reihenfolge, wie es sich für uns abgespielt hat.

Letztes Jahr im Oktober wurde ich in Aichach zum Anwalt bestellt, der mir sagte, „Benz“ vom VS sei dagewesen und wollte unbedingt mit mir sprechen. Es ging um illegale im Ausland, zu denen der VS Kontakt hätte. Ich war ganz platt und während, daß es aus schon wieder hinging (Benz war ja auch schon im NS Hungerstreik, Red. in Aichach aufgetaucht und anschließend bei meinem Anwalt mit der Botschaft: Wenn wir nicht mit ihm reden, gibt es keine Zusammenkunft) — hab' gesagt, daß ich es wirklich satt hab' und bin raus.

Kurz darauf stand Benz im Büro vom Anwalt, wie gehabt. Ich hab' Kern (ein Anwalt aus x-Stadt, der Anfang der 70er Jahre auch politische Verfahren gemacht und Gefangene von uns und vom 2.6. besucht hatte, u. a. auch mich) angerufen und gefragt, ob er zu einer ehemaligen Mandantin von ihm, die schon lange auf der Fahndungsliste sei, für den VS (Verfassungsschutz, Red.) einen Kontakt machen könne. Von dieser früheren Mandantin sei dann über einen alten Freund von ihr die Antwort zurückgekommen, sie möchte Genaueres wissen.

Außerdem habe dieser Freund gesagt, er selbst hätte unabhängig davon auch einen Kontakt zur „Kommando-Ebene“ der RAF, die im Nahen Osten sitzen würde, im Eimer sei und nicht mehr weiter wisse. Sie würden sofort aufhören, wenn von den Gefangenen ein entsprechendes Signal käme, etwa ein Satz wie: Macht ihr, was ihr wollt, es schadet uns nicht.

So einen Satz sollte ich schreiben. Kern sollte mit einer Vollmacht zu mir reinkommen und ihn mitnehmen. Und dann, so Benz, wäre auch das Problem mit uns Gefangenen vom Tisch. Keine RAF mehr — keine Gefangenen mehr nötig.

Wir haben nochmals gesagt, Benz soll zum Teufel gehen, und wenn er nochmal bei einem Anwalt auf-

kreuzt, sollen sie ihn rauschmeißen. Danach war auch erst mal Ruhe.

Natürlich haben wir überlegt, was der VS mit so einer irren Geschichte will. Sie konnte ja logischerweise nur auf die zehn zielen, die in der DDR waren, und der Rest, das Drumherum, mit „Kommando-Ebene“/Naher Osten war entweder das, was der VS glaubte, oder der Versuch, einen Stein ins Wasser fallen zu lassen und dann an unserer Reaktion etwas rauszukriegen.

Egal auch. Die „Fakten“ in der Benz-Story jedenfalls sehen so aus: Ein früheres Mandat konnte Kern nur von Angela Luther oder Petra Müller gehabt haben. Von Angela Müller wir zu der Zeit, als ich noch draußen war, daß sie sich seit 72 alleine durchschlägt, und Petra war seit langem in der DDR, ihr Haftbefehl außerdem verjährt. Daß sie sich mit dem VS zusammensetzen würde und damit die Existenz von allen anderen dort gefährden würde, war schwer vorstellbar.

Schließlich der Nahe Osten, wo die RAF die ganzen 20 Jahre hingeredet wird: Die einzige, die in einem arabischen Land lebt, ist Rima. So hieß Friederike Krabbe bei uns, und den Namen hat sie auch dort, wo sie jetzt ist, behalten. Rima hat die RAF im Herbst 1977 verlassen. Sie war zuerst bei palästinensischen Genossen und Genossinnen, die wir gut kennen, und ist dann ungefähr nach einem Jahr zu einer Familie gezogen, mit der sie befreundet war.

Also, das ist die Realität zur Benz-Geschichte.

Jetzt im Juli, nach den Verhaftungen in der DDR, geht sie weiter.

Kern erscheint im Büro von meinem Anwalt, es ging um die alte Sache, die „Kommando-Ebene“ wär' ja noch immer im Nahen Osten, wartet auf Antwort von uns, versteht nicht, warum es so lange dauert. Der Anwalt sagt, er soll ihn endlich in Ruhe lassen damit, niemand von den Gefangenen würde sich das noch mal anhören. Kern, ganz beleidigt, will mit „Beweisen“ wiederkommen.

Zu den DDR-Verhaftungen sagt er, er hätte keine Ahnung gehabt, daß Petra dort gewesen sei, aber sicherlich habe es der „Gewährsmann“ gewußt, also der, der auch den Kontakt zum Nahen Osten haben soll.

Bevor er geht, richtet er noch von Benz aus, für uns gäbe es nichts, keine Zusammenfügung oder sonst eine Veränderung, absolut null, solange wir nicht mit dem VS reden.

Und der letzte Landeversuch im Zusammenhang mit Benz ist, daß Petra Müller jetzt bei Gila Pohl anruft

(Helmut's Frau, die auch in der Angehörigengruppe ist) — sie würden sich doch von früher, aus alten Komiteezeiten, noch kennen, und Gila müßte unbedingt zu Kern kommen, wichtig, dringend usw. Gila hat ihr gesagt, was sie davon hält.

Klar ist also inzwischen, daß sie — Müller — mit der „früheren Mandantin“ gemeint war, ob das auch heißt, daß sie, wie Benz sagt, schon ein Dreivierteljahr vor den Verhaftungen einen Kontakt zum VS hatte, und so selber die Bullen in der DDR

den Medien machen zu müssen. Dank dem VS-Aussteigerprogramm, von dem die zehn aus der DDR jetzt wissen, daß es heißt: Kronzeuge oder zehn Jahre Knast.

Offenbar hat Rima ihm gesagt, er soll zu einem Anwalt von uns gehen und fragen, ob wir das für eine Möglichkeit halten. Aber Leufer ist zum VS gegangen.

Daß es vom VS dann wieder zu uns zurückgekommen ist, kann ich mir nur so erklären: Vielleicht hat sie irgendeine Sicherung eingebaut. ei-

kamen. Und sie soll über die Genossen unten reden, über ihre Freunde, das Land, alles.

Es ist der gleiche Grund, aus dem bei den anderen 10 Jahre Rückzug ins Privatleben und die entsprechende Entpolitisierung nicht genügt haben — weil sie jetzt den Kahlschlag wollen. „Endsieg“.

(Für Rosenkranz in der taz: Endsieg ist ein Wort der Nazis. Wie Endlösung.)

Und das ist es, was in Spanien passiert, was sich hier zu den Gefange-

fällt das unter „Teil der mitglied-schaftlichen Betätigung“, das heißt es ist verjährt.

Schleyer, die Drohung mit „Lebenslänglich“, ist nur das Druckmittel — wie bei Sigrid Sternebeck, die keine Kronzeugin werden will. Es würde für Rima das gleiche bedeuten: Hetze, Druck und Knast.

Noch etwas wollen wir klar sagen: Rima ist bei uns weggegangen, weil Guerilla nicht ihre Sache war. Natürlich hat sie das, was sie hier nicht wollte, auch nicht woanders gemacht. Die Staatsschutzkontrolle, die jetzt wieder überall zu lesen war — „wer zu den Palästinensern geht, muß weiterkämpfen“ — ist der bescheuerste Dreck überhaupt. Niemals war das so. Etwas wie die „Übernahme“ von einer Organisation in die andere gab es nicht, gibt es nicht.

Aber sie haben uns immer geholfen, wenn jemand eine Zeit brauchte, um sich klarzuwerden, wie er oder sie weiterwill — großzügig geholfen, mit viel Verständnis und Freundschaft, aus dem Begriff, daß es das gibt, und daß wer hier kämpft, sich sicher sein muß. Rima lebt da, einfach nur das.

Aber rankommen können die Bullen nicht ansie. Sie muß freiwillig zurückgehen.

Lauf ihnen nicht in die Hände, Rima. Du hast Freunde dort, Menschen, mit denen du verbunden bist durch die Jahre zusammen. So vieles, was dir Kraft und Freude am Leben geben kann.

Hier wartet nur der Knast, wie bei den anderen. Es wäre nach all den Jahren weit weg ein harter Kampf, die totale Konfrontation wieder. Vielleicht sieht es anders aus, wenn sie das erste Mal mit ihrem Stiefel steckengeblieben sind. Aber nicht jetzt, jetzt ist hier der Durchmarsch, und der hat erst angefangen. Paß auf.

Ende Sept. 90 Brigitte Mohnhaupt

Gezielte Mißverständnisse

Brigitte Mohnhaupt errichtet ihre Analyse auf einer Reihe von Falschinformationen

Der hier abgedruckte Brief von Brigitte Mohnhaupt dokumentiert einmal mehr die vorhergehenden Folgen der Isolation der RAF-Gefangenen von ihren Gesinnungsgenossinnen und von der Außenwelt. Angewiesen auf wenige Informationen ihrer BesucherInnen macht die zu lebenslanger Haft verurteilte Gefangene offensichtliche Mißverständnisse zum Fundament ihrer Analyse.

Das Schreiben richtet sich an die RAF-Aussteigerin Friederike Krabbe (Rima), die die Gefangenen ebenso wie der Sicherheitsdienst im Irak vermuten. Doch der Kontakt, über den Benz nach Überzeugung Mohnhaupt in die BRD geschickt werden soll, ist nach den eingehenden Beteuerungen der Kontaktvermittler überhaupt noch nicht hergestellt (s. Interview auf Seite 12). Außerdem beinhaltet das „Aussteigerprogramm“ für ehemalige RAF-Mitglieder auch die Möglichkeit, in einem Drittland und ohne Aussagen als Voraussetzung ein neues Leben aufzubauen. Recht hat Brigitte Mohnhaupt, wenn sie glaubt, daß die Staatsschutzbehörden ein brechenendes Interesse an möglichen Aussagen Krabbes über das Jahr 1977 mit den Anschlägen auf Buback, Ponto und Schleyer zeigen.

Auch für die falsche Annahme der Gefangenen, die bundesdeutschen Fahnder seien den in der DDR unter-

getauchten RAF-Aussteigern erst über einen frühen Kontakt des Anwalts Klaus-Peter Kern* zu einer früheren Mandantin auf die Spur gekommen, liefern die Vermittler eine plausible Erklärung. Die betroffene Aussteigerin versichert im übrigen, vom Aussteigerangebot erst nach ihrer Verhaftung in der DDR überhaupt erfahren zu haben.

Für die Zukunft wichtiger scheint die Tatsache, daß Brigitte Mohnhaupt den Versuch, eine Verhandlungssituation im Dreieck Gefangene/aktive RAF/Bundesregierung zu installieren, als schlechte Fortschreibung des Aussteigerprogramms interpretiert — und das Bonner Innenministerium dies mit seinem Dementi der Kontaktversuche auch noch zu bestätigen scheint. Mohnhaupt's Interpretation ist aus ihrer Perspektive auch insofern plausibel, als derselbe Beamte, der für das Aussteigerprogramm steht (Benz), auch als Transmissionsriemen für die Kontaktversuche zur aktiven RAF tätig ist. Und so werden die (durchaus nicht staats-tragenden) Vermittler in der Vorstellungswelt der RAF-Gefangenen ganz schnell zum verlängerten Arm des VS. Eine strategische Fehlkonstruktion, vorausgesetzt, die Regierung meint die Suche nach einer politischen Lösung ernst.

gezogen hat, wissen wir nicht.

Sicher ist aber, daß Benz jetzt bei ihr und Friedrich Leufer*, mit dem sie zusammenhängt, aus und ein geht. Leufer ist der berühmte „Gewährsmann“, der „alte Freund“. Und Leufer kennt auch Rima — noch aus der ersten Zeit 75/76, als die Gruppe sich neu organisiert und zusammengefunden hat. Er selbst wurde 76 in Kenia mit einem palästinensischen Kommando bei der Vorbereitung einer Aktion verhaftet, an Israel ausgeliefert, wo er 10 Jahre bekam, und später in die BRD abgeschoben.

Leufer hat auch weiter Kontakt zu palästinensischen Gruppen und fährt dorthin. Ich stell' mir vor, daß er dort auch Rima gesehen und ihr erzählt hat, sie könnte zurückkommen, ohne Aussagen oder einen Striptease in-

nen Bezug zu etwas, was wir zusammen erlebt haben und sonst niemand kann, damit sie sich darauf verlassen kann, daß die Antwort, die sie bekommt, wirklich von uns ist. Sonst, nehm ich mal an, hätten Benz und Leufer schon längst selber eine verfaßt.

Ich bin vollkommen sicher, daß Rima nichts davon weiß, daß an Leufer der VS hängt. Wenn sie das wollte, hätte sie es einfacher gehabt — sie hätte schon vor Jahren zu einer deutschen Botschaft gehen können.

Und warum sind sie so hinter ihr her, warum wollen sie sie nach 13 Jahren unbedingt haben?

Rima soll eine Lücke in den Aussagen füllen, wodie in der DDR Verhafteten sich auch bei größter Anstrengung nichts rausquetschen können, weil sie erst viel später zur RAF

nen ausgebildet. Nach 20 Jahren ist das nicht „wie 77“. Alle Äußerungen von Zacher sagen das, von der BAW, was Benz abdreht, das gestorbene Kommunikationsprojekt, unsere Realität in den Knästen.

Aber bei dir wart ich drauf, daß du uns nach dem nächsten Kaffee bei Lochte zurufst: „Feiglinge! Quatscht doch!“ Uns altmodischen Gefangenen, die noch nicht mitgekriegt haben, daß Verrat toll ist, der letzte wahre Kick für den Metropolenkretin.

Das ist das Elend hier, das im Hirn und im Herz.!

Rima hat einen Haftbefehl wegen Schleyer. Es geht aber nur um eine Wohnung in Köln, die sie gemietet hat — also etwas, was so gut wie alle in der Gruppe x-mal gemacht haben. Logistik eben. In der 129a-Sprache

* Namen von der Redaktion geändert

Die Bemerkung in der Klammer bezieht sich auf die Analyse eines Textes des RAF-Gefangenen Helmut Pohl, die in der taz vom 3. September 1990 erschien. Pohl's Satz: „Nein, Endsieg ist angesagt“, gab damals in den Medien Anlaß zu Spekulationen, ob er sich auf die RAF oder das staatliche Gegenüber beziehen sollte. Gerd Rosenkranz bezeichnete es als „wahrscheinlicher“, daß die staatlichen Hardliner gemeint seien. Diese Annahme bestätigt nun Brigitte Mohnhaupt. Die Bemerkung zu Christian Lochte erinnert an ein taz-Interview mit dem Hamburger Verfassungsschutzchef, das am 18. August 1990 erschien.

Ende September, als das geschrieben wurde, war es noch so. (Anmerkung der Übermittler des Briefs von Brigitte Mohnhaupt, Red.)